

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 15 (1974)  
**Heft:** 23  
  
**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 06.03.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# à propos Mensch

An einer Wahlveranstaltung der SPD in Berlin sagte die Vorsitzende der Juso jüngst, diese SPD-Nachwuchsorganisation solle «mit Nachdruck die Forderungen nach Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik» unterstreichen. —

Damit die politisch interessierte Jugend ihre Traumgesellschaft erhält. Und in dieser Traumgesellschaft gemäss dem «Sittenkodex der Erbauer des Kommunismus» «leben und arbeiten» kann, möglichst *en bloc* in einer Einheitsorganisation erfasst wie die beneidete Sowjetjugend im Komsomol. Edel ist, was in besagtem «Sittenkodex» an Grundsätzen enthalten ist: die Quintessenz der «sozialistischen Moral». Von «Treue zur Sache des Kommunismus» über «Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen» bis zu folgenden Imperativen:

- «Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe...;
- gegenseitige Achtung in der Familie, Sorge um die Erziehung der Kinder;
- Unversöhnlichkeit gegenüber ... Unehrlichkeit» usw.

(Zitiert in L. Révész: «Organisierte Jugend», Bern 1972, S. 48.)

Nur: Warum schrieb ein Prof. Dr. iur. I. Karpez dann nach über 50 Jahren sozialistischer Traumgesellschaft in der sowjetischen «Komsomolskaja Prawda» (*prawda* heisst bekanntlich «Wahrheit») am 31. Oktober 1970, so mancher Jugendliche leide an «Persönlichkeitsspaltung» und halte sich an das Motto «Man kann das eine sagen und dann so handeln, wie man will». Das eine: Was eben verlangt wird, z.B. damit einer in den Komsomol aufgenommen wird, um eher an einer Hochschule unterzukommen. Und um dann nicht von dieser Hochschule zu fliegen. Und um das Obligatorium in Marxismus-Leninismus und damit die Abschlussprüfungen zu bestehen. Grund genug, das eine zu sagen.

Das andere — *seine* Meinung — kann man im Privatleben pflegen. Ja und der Sittenkodex?

Der deutsche Osten hat dieses Jahr sein 25jähriges Bestehen als sozialistischer Staat gefeiert. Der ostdeutschen Jugend, die beneidenswerterweise im Sozialismus aufwachsen durfte, bescheinigt das SED-Blatt «Leipziger Volkszeitung» (27. 7. 1974: «Vom Wert politischer Familiengespräche») nicht etwa Selbstverwirklichung und harmonische Entfaltung fernab von jeder Entfremdung, sondern:

«Der Wert politischer Unterhaltungen in der Familie», heisst es da, «wird nicht zuletzt auch darin offenbar, dass sich in diesem vertrauten Kreis niemand versteht oder auf die Dauer eine andere Meinung vorgeben kann, als er sie besitzt.»

Denn ausserhalb dieser Vertrauensinsel, das ist eine Tatsache, mit der sich die Traumgesellschaft offensichtlich abgefunden hat, da versteht man sich.

Die Jusos träumen wohl.

HTD



## Anna Kethly 85

In Brüssel begeht am 16. November Anna Kethly, die grosse Vorkämpferin der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, ihren 85. Geburtstag. Sie stellte ihr Leben und Wirken in den Dienst der ungarischen Arbeiterbewegung und der Frauenemanzipation.

Während des Horthy-Regimes gehörte A. Kethly

der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion an und kämpfte auch dort um die Rechte der Arbeiterschaft und um bessere Bedingungen für die Werktätigen. Sie war dann unter jenen Abgeordneten zu finden, die sich offen und entschieden gegen die Judengesetze stellten, die das Parlament unter deutschem Druck verabschiedete. Wo immer sie konnte, half sie den politisch Verfolgten, unter anderem den Kommunisten, die in Horthy-Ungarn so gut wie vogelfrei waren.

Nach dem Krieg übernahm Anna Kethly sowohl in ihrer Partei als auch im öffentlichen Leben des Landes verantwortungsvolle Posten. Aber sie war nicht gewillt, der kommunistischen Umwandlung Ungarns und damit der Wiedereinführung des Faschismus unter anderem Namen Vorschub zu leisten. Im Gegensatz zu gefügigeren Kollegen (denen ihre Anpassung später allerdings grossteils doch nichts nützen sollte) widersetzte sie sich der von Moskau verfügte «Vereinigung» von SDP und KP und trat energisch für die Demokratie in Ungarn ein.

Nach der kommunistischen Machtübernahme wurde Anna Kethly verhaftet und verbrachte sieben Jahre im Gefängnis. 1956 nahm sie am Volksaufstand teil, wurde Generalsekretärin der wiedererstandenen Sozialdemokratischen Partei und als Staatsminister Mitglied der Regierung Imre Nagy (womit sie sich unter freizeithlichen Vorzeichen doch zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereitfand). Am 2. November 1956 befand sie sich auf einer Sitzung der Sozialdemokratischen Internationale in Wien, um Unterstützung für die Neutralität Ungarns zu erbitten, als die sowjetische Invasion ihre Rückkehr nach Ungarn verunmöglichte. Seither lebt Anna Kethly im westlichen Ausland und kämpft mit ihrer Aussage für ein freies und demokratisches Ungarn. Und ihr Zeugnis ist den Anpassern an den Sowjetsozialismus so unerwünscht wie seinerzeit den Anpassern an den Nationalsozialismus. gp

## FACETTEN zum Alltag drüben

Junge Lyriker in der DDR, denen man in einer Polemik pauschal ihr Versagen vorgeworfen hatte, haben ihre Antworten mit zum Teil erstaunlichen Argumenten vorgetragen. Sie räumen das niedrige Niveau vieler Nachwuchsdichter ohne weiteres ein, führen es aber zurück auf kanalisiertes Denken, von aussen aufgezwungene Schablonen und die Verhinderung politisch relevanter Aussagen.

In der DDR-Zeitschrift «Sinn und Form» gestehen die Nachwuchspoeten, die sich zu Wort gemeldet haben, mit einem erstaunlichen Mass an kritischer Selbsteinschätzung, dass die meisten der in den Anthologien und den Wochenendbeilagen der Zeitungen veröffentlichten Gedichte jugendlicher Autoren formal und inhaltlich auf sehr niedrigem Niveau stehen. Die Ursache sehen sie jedoch nicht allein in der offensichtlichen Talentlosigkeit der meisten «Pubertäts-

lyriker», sondern wesentlich auch in den kulturpolitischen Verhältnissen in der DDR.

Das beklagte «unterschiedslose Empfinden» der jungen Lyriker, so heisst es, deute vor allem auf unterschiedsloses Weltverständnis, auf «kanalisiertes Denken» hin. Die Texte ähnelten einander in erschreckendem Masse, «weil sich die Gedanken und die Denkweisen ihrer Verfasser kaum unterscheiden oder keine eigenen sind». Ausserdem stifteten «unqualifizierte Theoretiker des kulturpolitischen Kunstgewerbes» das «Argument von der Wegwerfkunst, noch dazu mit wissenschaftlichem Anspruch, sich ausgiebig auf Brecht und Becher berufend».

Die Misere der Lyrik liege auch daran, dass nicht die besten, sondern die politisch brauchbarsten Gedichte veröffentlicht würden. Und «politisch brauchbar» werde zumeist sehr engstirnig und damit politisch falsch aufgefasst. Dies bewirke dann oft eine zielgerichtete Fehl-orientierung junger Schreiber auf schöngefärbten Banalitäten. Schliesslich fehle es den jungen Autoren vielfach auch an Mut, «das auszusprechen, was ist». So wichtig und dringlich zum Beispiel die Entlarvung des Imperialismus sei, so wichtig und dringlich sei die «völlige Entlarvung des bürokratischen Zentralismus im eigenen Erlebnisbereich». ■

## In Kürze

In der UdSSR rückt man jetzt den sogenannten Radiowudies energisch zu Leibe. Im Herbst begann eine neue Kampagne gegen die Funkamateure. Ihnen wirft die Presse unbekümmerten «Hooliganismus» vor, weil sie auf verbotenen Wellenlängen arbeiteten und dadurch die normale Funktätigkeit, so die Verbindung zu den Flugzeugen, behinderten. Nun ist man zu Massnahmen übergegangen: Allein in Donezk (Ukraine) sind ungefähr tausend Funkamateure festgenommen worden. Aber die «Komsomolskaja Prawda» klagt, dass ungeachtet der Verhaftungen die Zahl der Untergrund-Radiosender nur äusserst langsam abnehme.

Die «Piratensender» der Funkamateure werden in der Sowjetunion sporadisch als technische Störung angeprangert, wobei die Frage offenbleibt, ob man wirklich nur daran Anstoss nimmt. Inhaltlich scheinen sie meist einem relativ harmlosen, wenn auch nonkonformistischen Austausch von Beatmusik und dergleichen unter Jugendlichen zu dienen. Aber mindestens potentiell würden sie auch zur Vermittlung ausseramtlicher Gedanken taugen, und vielleicht ist das polizeiliche Einschreiten nicht zuletzt gegen eine Art von Samisdat mittels Radiowellen gerichtet.

Ohne jeden Zweifel gegen den Samisdat gerichtet ist dafür eine umfassende Polizeioperation in Estland. Dort sind sämtliche Schreibmaschinen in Büros und Haushaltungen registriert worden, und zwar so, dass der Sicherheitsdienst gleich drei Schriftmuster jeder Maschine erhalten hat. Kopiergeräte, deren privater Besitz verboten ist, dürfen nur in Gegenwart von mindestens zwei beamteten Personen benützt werden und sind ausserhalb der Gebrauchszeiten unter Verschluss zu halten.

\*

Dass die westliche Unsicherheit über die Bevölkerungszahl Chinas auch in Peking geteilt wird, hat eine rumänische Delegation bei ihrem dortigen Aufenthalt erfahren. Laut dem Reisebericht in «Neuer Weg» (Bukarest, 28.9.—1.10.1974) erhielten die Rumänen von ihren zugeteilten Auskunftspersonen vorerst keine Antwort auf ihre Frage, ob China nun eigentlich 700 oder 800 Millionen Einwohner zähle, sondern wurden auf eine spätere Pressekonferenz vertröstet. Dort habe sich dann «etwa folgendes Bild» ergeben: «Die Bevölkerung Chinas schätzen wir auf 730 bis 740 Millionen Menschen.» Schlüsse auf höhere Ziffern gehörten jedenfalls ins Reich der Phantasie (womit eine darunter liegende Bevölkerungszahl als Möglichkeit offen gelassen scheint). Ueber die Städte verfüge man über genaue Angaben, über «manche Berggegenden» allerdings weniger.

## Zitiert...

«Wir wissen nicht, wie wir eine junge Elite heranziehen sollen; vielleicht haben wir ein bisschen Angst davor. Im Ergebnis tauchen spontane Pseudo-Eliten auf, beispielsweise nach dem Muster krimineller Zirkel. Es ist klar, wohin das führen kann. Unklar bleibt hingegen, woher das kommt.»

Jan Zbigniew Slojewski in «Kultura»  
Warschau, 11.8.1974

Garantin für Ruhe und Ordnung in dem von ihr besetzten Land völkerrechtlich verpflichtet.»

Nun, die völkerrechtliche Verpflichtung der Sowjets ist samt andern Begründungen der gleichen Preislage wirklich Manipulation, die gleiche Manipulation, die man nach dem 21. August 1968 beim Einmarsch in die CSSR auch hatte. Aber die Behauptung, der Aufstand sei «von selbst erloschen», geht sogar darüber weit hinaus. Aber vielleicht werden die bundesdeutschen Schulbücher auch bald berichten, der «Prager Frühling» sei von selbst erloschen.

Man lässt sich die Bewusstseinsbildung der Schuljugend im «Geist der Verträge» etwas kosten, zum Beispiel die Wahrheit, die man zugunsten einer nachweislichen Lüge aufgibt, wenn man dem Partner damit entgegenkommen kann. Und ist vermutlich jetzt schon stolz auf die Vorstellungen, welche die Schuljugend auf der Grundlage dieser Unternehmung entwickelt. Und demnächst wird der dannzumal neueste Springer-Skandal darin bestehen, dass jene Stimmen der Reaktion die schulamtliche Wahrheit über den 17. Juni zu leugnen versuchen, «obwohl jedes Kind sie kennt».

Nun, die Kinder können nichts dafür. Die Hitlerjugenden konnten seinerzeit auch nichts dafür. Man hatte sie im Geiste der damaligen sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erzogen.

Christian Brügger

## Geschichtsunterricht für Schulkinder

Die westdeutschen Geschichtsbücher für den Schulunterricht tragen der «Anerkennung der Realität» durch Aberkennung der Tatsachen Rechnung.

So weiss (laut «Berliner Rundschau» vom 26.9.1974) ein Schulbuch zum Unterricht in politischer Weltkunde zu berichten, der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR sei «von selbst erloschen».

Nun, wenn schon das amtlich vermittelte Wissen so aussieht, dann lässt sich die Sache nicht mehr mit blosser «Manipulation» umschreiben, wie es die Westberliner Quelle tut. Vielmehr handelt es sich um eine krasse Tatsachenwidrigkeit, um eine geschichtliche Lüge.

Was sich damals in der DDR zugetragen, war zunächst ein landesweiter Generalstreik der werktätigen Massen (aus Anlass einer Normenerhöhung), mit dem sich am 17. Juni dann die übrige Bevölkerung solidarisierte: eine revolutionäre Erhebung unter der Vorhut der Arbeiterklasse war Tatsache geworden. Die Volkspolizei erhielt den Auftrag, bewaffnet gegen die Demonstranten vorzugehen, was schon wegen der Weigerung vieler ihrer Angehörigen zum «Löschen» nicht ausreichte. Jetzt übernahm der sowjetische Hochkommissar offiziell die Befehlsgewalt, verhängte den Ausnahmezustand und liess Panzer in die Menge fahren.

Der Aufstand kostete einige hundert Tote und über 100 Opfer von standrechtlichen Erschiesungen (so von Volkspolizisten, die mit den Auf-

ständischen sympathisiert hatten) und späteren regulären Hinrichtungen.

Ueber die Zahlen lässt sich vielleicht streiten (besonders wenn man zum vornherein gesonnen ist, westliche Zusammenstellungen und Ermittlungen als unglaubwürdig abzutun), über den Ablauf der Ereignisse hingegen nicht. Und er lässt sich mit Belegen erhärten, die selbst Kommunisten nicht als westliche Verleumdung abtun können: mit der ostdeutschen Presse aus jenen Tagen. Sie musste damals wohl oder übel (nicht anders als die polnische Presse im Dezember 1970) die «Provokationen» zugeben. In 50 Städten wurden die Unruhen vermeldet und als Arbeiterunruhen gekennzeichnet. Einige Zitate für viele:

«Die ursprünglichen Begründungen für Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen sind durch die Beschlüsse der Regierung in Wegfall gekommen» («Sächsische Zeitung» vom 19.6.1953).

«Gestern bereits haben die Arbeiter in den Betrieben (...) die Arbeit wieder aufgenommen. Sie haben den Fehler, den sie vorgestern begingen, als sie sich provozieren liessen, eingesehen. Durch den Befehl Nr. 1 und 2 des Chefs der Militärgarnison des Stadt- und Landkreises Gera, Oberst Aktschurin, ist die öffentliche Ruhe und Ordnung wiederhergestellt» («Volkswacht», Gera, 19.6.1953).

Ueber Dresden, Leipzig, Jena bestehen Meldungen vom gleichen Tonfall. Und auch die Tatsache, dass nur die sowjetische Kolonialtruppe die Ruhe wiederherstellen konnte, wird ihnen ersichtlich. Um es diesmal mit den Rostocker «Norddeutschen Neuesten Nachrichten» zu sagen:

«Die äussere Ruhe und Ordnung sind von der Sowjetarmee durch die Verhängung des Ausnahmezustandes wieder hergestellt worden. Zu dieser Massnahme war die Sowjetarmee als die

**ZEITBILD**

erscheint alle zwei Wochen

**ZeitBild**

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Peter Dolder

**Abonnementspreise**

Fr. 30.– jährlich (Ausland Fr. 33.–, DM 30.–)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–

(Ausland Fr. 22.–, DM 20.–)

Halbjahr Fr. 16.– (Ausland Fr. 17.–, DM 16.–)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1.50)

## In memoriam Jurij Galanskow

Vor zwei Jahren, im November 1972, kam Jurij Galanskow in einem mordwinischen Lager um. Seinem Fall ist das Heft Nr. 6 der Reihe «Russischer Samisdat» gewidmet, die vom Kuratorium Geistige Freiheit herausgegeben wird. Die jetzige Publikation (Bern 1974, 60 Seiten, Fr. 5.—) umfasst Samisdat-Texte von und über Galanskow. Den einleitenden biographischen Angaben folgen Gedichte aus den Jahren 1955 bis 1961 und (gekürzte) Briefe aus dem Lager 1968 bis 1972. Den Abschluss bilden Dokumente zu seinem Fall, von Äusserungen seiner Freunde bis zur amtlich formulierten Verweigerung einer Herausgabe der sterblichen Hülle an die Familie.

Wer war Jurij Galanskow? In einem Nachruf (Moskau, 11. November 1972) hielten die Unterzeichner (unter ihnen Ginsburg, Gorbanevskaja, Maximow, Sacharow, Sinjawschij) fest:

«Jurij Galanskow ist gestorben. Er starb in Gefangenschaft, im Lager für politische Häftlinge der Siedlung Baraschewo in der Mordwinischen ASSR. Dies geschah am 4. November 1972 im Gefängnis Krankenhaus. Jurij Galanskow war 33 Jahre alt.

Galanskow kam ins Lager für seine Ehrlichkeit als Dichter und als Mensch. Seine Gedichte und Artikel erschienen nie auf den Seiten der offiziellen Presse. Sie enthielten zuviel Wahrheit, echte Menschenliebe, Gerechtigkeits- und Freiheitsliebe.

Galanskow war ein unversöhnlicher und furchtloser Feind jeglicher Gewalt, jeglicher Falschheit und Schmähung der Menschenwürde.

Die Herausgabe der freien, nichtzensierten Zeitschriften 'Syntax', 'Bumerang' und 'Phönix', die aktive Teilnahme an der Jugendbewegung Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre (Majakowschij-Platz), die Herausgabe des 'Weissbuches' mit Dokumenten zum Prozess



Jurij Galanskow

von Daniel und Sinjawschij, die Protestdemonstration gegen die Willkür der Staatsgewalt und zur Verteidigung der Menschenrechte — dies sind die Etappen seiner Tätigkeit bis zu seiner Verhaftung am 19. Januar 1967.

Auch im Lager blieb Galanskow nicht tatenlos; ständig setzte er sich zur Verteidigung der politischen Häftlinge ein. Ja, er war unfähig zur Resignation.

Wissend um die schwere Magenkrankung Galanskows, die sich infolge der Hungerstreiks zum Protest gegen die Gesetzesverletzungen seitens der Lageradministration verschärft hatte, sperrte ihn die Lagerleitung bei Wasser und Brot in eine Strafzelle. Die Folge: Operation und Blutvergiftung. (...) Der Ablauf von Jurij's kurzem, aber reichem Leben war die Geschichte eines freiwilligen, furchtlosen Kreuzganges.»

Galanskow war Teil jener Opposition gewesen, die das Regime selber hervorgebracht hat. Er gehörte jenem Proletariat an, das angeblich die Diktatur ausübt und sie in Wirklichkeit erfährt. Er stammte aus einer Arbeiterfamilie und arbeitete selbst neben der Schule als Elektriker, bevor man ihn an der Universität aufnahm, dann aber wieder ausschloss, als es sich herausstellte, dass er seine eigene Meinung nicht nur hatte, sondern auch äusserte. Als Andersdenkender war er ein Selberdenkender. 1965 fiel er durch seine Einzeldemonstration auf, als er vor der amerikanischen Botschaft gegen die Besetzung der Dominikanischen Republik durch die USA protestierte. Und zwar fiel er unangenehm auf, denn sowjetischen Behörden ist die nicht befohlene Demonstration immer suspekt. Vielleicht witter-

te man auch eine Anzüglichkeit. Die CSSR-Okkupation war zwar damals noch nicht aktuell, aber vom Baltikum bis Ungarn gab es genügend und permanente Assoziationen.

Zur Zeit Chruschtschows mochte Galanskow als «Nonkonformist» gegolten haben, denen gegenüber man es bei gesellschaftlicher Diskriminierung und Berufsbehinderung bewenden lassen konnte, aber die aufkommenden Schriftstellerprozesse darnach zwangen ihn zur direkten politischen Aussage gegen die konkrete Repression, und damit war sein persönliches Opfer unausweichlich geworden. In seinem Fall bedeutete es den Tod ein Jahr vor Ablauf der Strafe, zu der ihn das Gericht verurteilt hatte. Die Interventionen seiner Familie und seiner Freunde hatten ihn nicht retten können.

Heute ist es ungewiss, ob die Interventionen Wladimir Bukowschij werden retten können, der laut Aussage seiner Freunde unter den Haftbedingungen im Gefängnis von Wladimir in Lebensgefahr ist; er würde nächstes Jahr 33 Jahre alt werden. Diesmal haben sich allerdings auch internationale Organisationen des Falles angenommen. Amnesty International hat ihn im Westen weitherum bewusst gemacht, die Gesellschaft für Menschenrechte (Frankfurt a. M.) ist für Bukowschij eingestanden. Doch geht es hier nicht bloss um das mögliche Ausmass an erweiterter Erfolgserwartung; es geht darum, am symptomatischen Einzelfall die Solidarität mit den Unterdrückten herzustellen. Und das bedeutet wiederum Solidarität gegen die Unterdrücker, und zwar nicht nur am Nebenbeispiel Chile, sondern auch am Hauptbeispiel Sowjetunion. ■

### Der Buchtip

**Fritz van Briessen: «China. Fakten, Daten, Dokumenten». Seewald Verlag, Stuttgart 1972, 348 S., Fr. 43.30.**

Dem eigentlichen Text folgt der gewichtige Anhang (S. 181—342), der Kurzbiographien, eine Zeittafel, einen geschichtlichen Abriss von 1842 an, Dokumente, Statistiken, eine Bibliographie und schliesslich die Register enthält.

Der Autor behandelt sowohl die interne Entwicklung als auch die Aussenpolitik, deren Darstellung die Stärke des Buches ist.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Ausführungen über die chinesisch-sowjetischen Beziehungen. Interessant schildert Briessen die alte chinesisch-amerikanische Interessengemeinschaft (S. 105 ff.) und betont die Tatsache, dass der Weg der internationalen Politik von Bipolarität zum Dreieck (S. 109 ff.) mit der Hilfe der Vereinigten Staaten möglich wurde. Der Autor verfolgt auch das wachsende Interesse Chinas an Europa und legt dabei auch die chinesische «Zwischenzonentheorie» dar. re

**Jürgen Weber: «Der Europarat und Osteuropa». Europa Union Verlag, Bonn 1972, 400 Seiten, Fr. 44.50.**

In dieser Dissertation wird das Verhältnis des Europarates zu den osteuropäischen Staaten untersucht. Das Buch ist in vier Teile gegliedert.

Zunächst wird die erste Phase der Osteuropapolitik des Europarates, das heisst seit seiner Gründung im Jahre 1949 bis zu Stalins Tod 1953, dargestellt. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem allmählichen Wandel in der Osteuropapolitik, wobei der Schwerpunkt auf der Periode 1957—1969 liegt. Der dritte Teil zieht eine Bilanz aus den gegenwärtigen Beziehungen des Europarates zu den Staaten Osteuropas und schneidet die Probleme an, die sich aus seinen neuen Interessen ergeben. Der vierte Teil ist der Frage der Zukunft gewidmet und untersucht die Möglichkeiten der Ost-West-Kooperation im Rahmen des Europarates. ku

**Carl J. Friedrich: «Pathologie der Politik». Herder und Herder, Frankfurt 1973, 240 Seiten, Fr. 48.10.**

In diesem Buch untersucht einer der führenden Politologen der Gegenwart die Funktion der Missstände Gewalt, Verrat, Korruption, Geheimhaltung und Propaganda. Er lotet damit einige Grundfragen menschlicher Gemeinschaft aus dem Gebiet der staatlichen Macht und des individuellen Widerstandes aus. Das Buch ist geistig anregend und theoretisch vertiefend, zugleich von erheblicher Aussagekraft im praktisch-politischen Bereich, wofür der eine Hinweis genügen muss: «Es ist besser, mehrere Kommunikationskanäle zu haben, mehrere Zeitungen sind besser als eine, mehrere Radio- und Fernsehstationen oder Sendergruppen sind besser als eine, und zwar besser nicht im moralischen Sinne, sondern besser, weil sich dann die pathologischen Möglichkeiten der Propaganda leichter beherrschen und ausschalten lassen.» P.S.